

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Blick in die Weltpresse: Wetterleuchten über Asien; International Herald Tribune - Wo Militärregime versagen; New Statesman - Was folgt auf Ayubs Abdankung?; The Economist - Die Wirkung einer festen Regierung; The Statesman - Die Pakistan-Krise; Le Figaro - Bedrohtes Empire; Newsweek - Das sowjetische Dilemma; The Guardian - Eine realistische Note aus Moskau

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1969) : Blick in die Weltpresse: Wetterleuchten über Asien; International Herald Tribune - Wo Militärregime versagen; New Statesman - Was folgt auf Ayubs Abdankung?; The Economist - Die Wirkung einer festen Regierung; The Statesman - Die Pakistan-Krise; Le Figaro - Bedrohtes Empire; Newsweek - Das sowjetische Dilemma; The Guardian - Eine realistische Note aus Moskau, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 49, Iss. 4, pp. 183-184

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133956>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

BLICK IN DIE WELTPRESSE

Wetterleuchten über Asien

Die bewaffneten Auseinandersetzungen der beiden kommunistischen Giganten am Ussuri und die revolutionären Ereignisse in Pakistan nehmen einen breiten Raum in der Weltpresse ein. Hierzu eine Auswahl an Pressekommentaren.

INTERNATIONAL
Herald Tribune
Published with The New York Times and The Washington Post

Wo Militärregime versagen

New York, 1. 4. 1969 (Joseph Kraft): Präsident Ayub Khan machte zweifellos als Soldat und Staatsmann eine gute Figur. Aber die Armee, die die Grundlage seiner Macht darstellte, verkörpert nur eine kleine Minorität. Ihre Berufsoffiziere rekrutieren sich fast ausschließlich aus zwei westpakistanischen Provinzen — dem Pandschab und dem nordwestlichen Grenzgebiet. Mit mehr als der Hälfte der Bevölkerung, die in Ostpakistan lebt, haben sie fast nichts gemeinsam. Es ist deshalb nicht überraschend, daß es die Aufstände im Osten des Landes waren, die Ayub Khan stürzten. Es würde aber eine große Überraschung bedeuten, wenn das Problem einfach dadurch gelöst werden könnte, daß man das Kriegsrecht verhängt und einen anderen Vertreter des Militärs, General Mohammed Yahya Khan, die Macht überträgt.

Das bedeutet nicht, daß jede Herrschaft des Militärs zu allen Zeiten und für alle Entwicklungsländer einen ungesunden Zustand darstellen müßte. Aber in ethnologisch vielfach gegliederten Ländern, wie es die meisten Entwicklungsländer nun einmal sind, kann das Militär nur dann eine nützliche Rolle spielen, wenn es mit möglichst vielen nationalen Gruppen verbündet ist.

NEW STATESMAN

Was folgt auf Ayubs Abdankung?

London, 28. 3. 1969 (Rehman Sobhan): Die letzten beiden Monate haben die Existenz einer revolutionären Situation in Ostpakistan demonstriert. Das heißt, die traditionell herrschenden Gruppen

kapitulierten vollständig vor einem echten Volksaufstand, und erstmalig seit der Unabhängigkeit bestand die Möglichkeit, daß echte politische Macht in ostpakistanische Hände überging. Politisch fand diese Entwicklung in der einmütigen Forderung nach regionaler Autonomie ihren Ausdruck, die nur Verteidigung und Außenpolitik der Zentralgewalt überlassen hätte.

Falls es sich jedoch um einen Versuch der Traditionalisten handelt, die Uhr auf das Jahr 1958 zurückzustellen, so kann das Kriegsrecht für Pakistan fatale Folgen haben. Die Gegenwart von 200 000 Soldaten kann ihm in Westpakistan, obgleich kaum ohne größeres Blutvergießen, zu größerer Wirkung verhelfen. Im Osten jedoch würde eine Division, verstärkt um zwei Schiffs-ladungen mit Truppen, auf den massiven Widerstand einer Bevölkerung treffen, die ihre Furchtlosigkeit gegenüber Waffengewalt bei der Mißachtung von Ausgehverboten schon oft bewiesen hat. Da die eingesetzten Truppen unvermeidlicherweise Westpakistaner sein werden, wird die ganze Aktion nur als ein Versuch betrachtet werden, das Autonomiestreben zu frustrieren.

The Economist

Die Wirkung einer festen Regierung

London, 29. 3. 1969 (Korrespondent in Pakistan): Sein erster Befehl bestand in der Verhängung des Kriegszustands. Die Wirkung war herzerfrischend. In wenigen Augenblicken verschwanden die Hungerstreiker von den Straßen Karachis. Die 300 000 Arbeiter gingen, ohne viele Worte zu machen, in ihre Fabriken zurück. Die Arbeiterführer scheinen sich versteckt zu haben, und die verschwindende Minderheit professioneller Agitatoren unter den Studenten, die Schulen und Hochschulen gewalttätig bedroht hatten, war nirgends mehr zu sehen. Nach fünfmonatiger Schließung wollte die Universität von Karachi sofort wieder ihre Lehrtätigkeit beginnen.

Wie lange wird es beim Kriegsrecht bleiben? General Yahya stellte in seiner Rundfunkansprache

fest, daß es sein einziges Ziel sei, Leben, Freiheit und Eigentum des Volkes zu schützen und die Verwaltung wieder in Gang zu setzen. Das Land habe genug administrative Schlamperei und Chaos erlebt. Er habe keinen anderen Ehrgeiz, als die Vorbedingungen für eine konstitutionelle Regierung zu schaffen, und versprach, nach Herstellung von Ruhe und Ordnung, freie, faire und direkte Wahlen.

THE STATESMAN

Die Pakistan-Krise

New Delhi, 25. 3. 1969: Wenn nach zehn Jahren einer entschlossenen und diktatorischen Regierung und sehr beachtlicher Leistungen für die wirtschaftliche Entwicklung Marschall Ayub absolut nicht in der Lage war, die zersetzenden Kräfte zu meistern, so ist nur schwer einzusehen, wie die Rückkehr zum Kriege recht mehr erreichen könnte, als die Autonomieforderungen Ostpakistans so lange hinauszuzögern, bis das Kriege recht wieder aufgehoben wird. Soweit Hoffnungen auf einen allmählichen Wandel und eine fortschreitende Détente mit Indien gehegt worden waren, müssen sie nun wieder für eine Weile wachsender Besorgnis und Mißtrauen im Hinblick auf die Sicherheit der Grenzen weichen.

Le Figaro

Bedrohtes Empire

Paris, 18. 3. 1969: Wird die sowjetische Regierung sich veranlaßt sehen, in der westlichen Welt nach kapitalistischer Hilfe Umschau zu halten, um einer schneller als erwartet anwachsenden Gefahr zu begegnen und den bedeutendsten Teil ihrer Streitkräfte zum Schutz ihrer immer gefährlicher bedrohten Grenze einsetzen zu können? Die Ironie der Geschichte würde ihren Höhepunkt erreichen, falls Rußland eines Tages um Hilfe in der kapitalistischen westlichen Welt gegen das kommunistische China nachsuchen müßte, falls die westeuropäischen Länder – ihrer Kolonialreiche durch eine globale Entwicklung beraubt, die Rußland in Bewegung gesetzt hatte – aufgefordert würden, sich an der Verteidigung des zaristischen Kolonialreichs zu beteiligen.

NEWSWEEK

Das sowjetische Dilemma

New York, 31. 3. 1969: Dieses Mal waren die Kämpfe nicht nur Scharmützel zwischen einigen Dutzend Grenzwachen, sondern es handelte sich

um eine Schlacht zwischen Tausenden wohlausgebildeter Soldaten unter dem Einsatz von Panzern und Artillerie. Hand in Hand damit ging eine Eskalation der Drohungen, die Moskau und Peking sich entgegenschleuderten. Die Russen rasselten unverfroren mit ihrem nuklearen Säbel. „Die ganze Welt weiß“, so stellten ihre Rundfunksendungen fest, „daß Raketen die Hauptwaffen der sowjetischen Streitkräfte sind. Die Reichweite ihrer Zerstörungskraft ist tatsächlich unbegrenzt. Sie können ihre Ziele mit größter Genauigkeit treffen.“ Offensichtlich unbeeindruckt von diesem offenen Versuch einer nuklearen Erpressung erklärte Mao in eigener Person: „Wenn die Russen es wagen sollten, Nuklearwaffen einzusetzen, so werden wir dasselbe tun.“ Trotz dieser beiderseitigen Übungen im verbalen „Overkill“ war es zweifelhaft, daß Rußland und China am Rande eines unbegrenzten Krieges standen. Nichtsdestoweniger ist aber bereits zuviel Blut am vereisten Ussuri geflossen, als daß eine der beiden Parteien einen Rückzieher machen könnte.

The Guardian

Eine realistische Note aus Moskau

Manchester, 31. 3. 1969: Das Angebot der Sowjetunion, mit den Chinesen über die fortgesetzten Grenzstreitigkeiten zu sprechen, schlägt eine neue und realistische Tonart an. Man konnte nur schwer daran glauben, daß die russische Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen ernst gemeint war. Aber damit wurde sie nicht ungefährlicher. Das Raketenrasseln einer Atommacht gegenüber einem schwächeren Nachbarn ist immer bedauerlich, da es Spannungen verschärft, das Mißtrauen vergrößert und wahrscheinlich die andere Seite zu einer immer radikaler werdenden Haltung treibt. Vielleicht haben die Russen das eingesehen.

Aber es ist zweifelhaft, ob die Chinesen damit übereinstimmen. Die Dinge sind zu weit fortgeschritten und stehen für die Chinesen zu schlecht, als daß sie noch einen Rückzieher machen könnten. Die Chinesen haben niemals die Höhe ihrer Verluste in den Zusammenstößen am Ussuri veröffentlicht, aber es ist bekannt, daß sie bei den Zusammenstößen schlechter abgeschnitten haben als die Russen. Und das muß ihren Stolz verletzen. Es gibt immer mehr Beweise dafür, daß sie eifrig einen Gegenangriff vorbereiten, der dann stattfinden soll, wenn das Frühlingstauwetter ihnen taktische Vorteile gibt.

Recht oder Unrecht sind in diesem Grenzstreit nur theoretische Erörterungen. Was zählt, sind die zugrunde liegenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Ländern.